

# Hintergrund: CO<sub>2</sub>-Budget und Ampel

In seinem Sonderbericht aus dem Jahr 2018 ermittelte der Weltklimarat IPCC das globale CO<sub>2</sub>-Restbudget, das der Menschheit bleibt, um das im Pariser Abkommen anvisierte 1,5-Grad-Ziel mit einer Wahrscheinlichkeit von 66 Prozent zu erreichen. Es beträgt 420 Gigatonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Beim gegenwärtigen Verbrauch wird es noch in diesem Jahrzehnt aufgebraucht sein. Wenn wenigstens das Zwei-Grad-Ziel erreicht werden soll, so eine 2015 im Fachblatt *Nature* veröffentlichte Studie, müssen rund ein Drittel der weltweiten Öl-, die Hälfte der Erdgas- und mehr als 80 Prozent der Kohlereserven im Boden bleiben. Die Autoren wiesen darauf hin, dass die Erschließung von Ressourcen in sensiblen Gebieten wie der Arktis sowie »jegliche Steigerung der unkonventionellen Ölförderung mit den Bemühungen, die durchschnittliche globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, unvereinbar sind«.

Indes kündigte die Bundesregierung jüngst an, dass sie als Folge des Boykotts konventioneller Energieträger aus Russland künftig andere Wege gehen werde. Ende März schloss Wirtschaftsminister Robert Habeck in Katar ein langfristiges Abkommen zur Lieferung unter hohem Energieeinsatz geförderten und verflüssigten Erdgas (LNG); er bezeichnete sich selbst als Türöffner für die ihn begleitende hochrangige Wirtschaftsentsourage. Den Bau zweier für die Verwendung des LNG nötiger Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven kündigte wiederum Kanzler Olaf Scholz bereits in seiner »Zeitenwende«-Rede Ende Februar an. Die BRD wird sich so viele Jahre in Abhängigkeiten zu gasfördernden Autokratien in Westasien und allen voran US-amerikanischen Lieferanten äußerst umweltschädlichen Frackinggases begeben.

Anfang April sprach sich Finanzminister Christian Lindner für neue Öl- und Gasfördergenehmigungen für die Nordsee aus; keine neuen Felder im sensiblen Ökosystem Nordsee explorieren zu wollen (wie im Koalitionsvertrag versprochen), sei »aus der Zeit gefallen«. Mitte April erklärte die niedersächsische SPD-CDU-Regierung, man habe sich mit dem niederländischen Konzern One-Dyas über Rahmenbedingungen der Nordsee-Exploration verständigt. Niedersachsen und die Niederlande würden so zum »Eckpfeiler der deutschen und der europäischen Energieversorgung, was den Gasmarkt betrifft«. (jr)

<https://www.jungewelt.de/artikel/425888.klimakrise-hintergrund-co2-budget-und-ampel.html>